



## 11. Januar 2014: Bekennermut statt Multikulti



Eine tolle politisch inkorrekte Initiative findet am 11. Januar überall dort statt, wo man Bekennermut hat. Jessy Bethzabday ruft zum Flashmob gegen die weltweite Christenverfolgung in möglichst vielen deutschen Städten auf. Vorbild ist eine ähnliche Veranstaltung von Open Doors in Zürich, einer Organisation, die aktiv gegen die weltweite Christenverfolgung eintritt. Auf einer Facebook-Seite werden in Kürze weitere Informationen zu Städten und Ansprechpartnern gepostet.

Folgende Städte sind derzeit schon dabei: Nürnberg, Worms, Bebra, Gießen, Frankfurt, Gütersloh, Paderborn, Essen und Augsburg. Weitere Vorschläge sind herzlich willkommen. Alle Details zum Ablauf gibt es auf der Facebook-Seite.

Mit so einer Aktion kann jeder seinen Protest gegen die Zustände in islamischen „Gottesstaaten“ ausdrücken und ohne großen Aufwand oder hohes persönliches Risiko eine breite

Öffentlichkeit erreichen. Flashmobs sind als Protest besonders gut geeignet, denn zum einen sind sie friedlicher und somit sachlicher Protest, zum anderen bleiben sie den unbeteiligten Passanten lange im Gedächtnis, dafür sorgt das Überraschungsmoment. Und davon erzählt man später wiederum Freunden und Bekannten nach dem Motto: Weißt Du, was mir heute in der Stadt passiert ist?

So ist das Publikum, das man mit einem Flashmob erreicht, wesentlich größer als die tatsächlich anwesenden Personen glauben machen. Die Gleichzeitigkeit an mehreren Orten sorgt außerdem für Synergieeffekte, und dank iPhone, Facebook, Youtube und Co. spricht sich das herum wie ein Lauffeuer. Nebenher sollten Flugblätter und Informationsschriften unter das Volk gebracht werden, damit auch Hintergrundinformationen zum Thema ankommen. Nur ein informierter Bürger ist ein mündiger Bürger, und deswegen ruft PI an dieser Stelle zu diesem friedlichen Protest auf.

*(Spürnase: Silvia)*



**China: Tausende konvertieren  
zum Christentum**



„Wenn ihr Gottes

Wahrheit nicht folgt, seid ihr verloren.“ So warnt die Pastorin Lin Ninghua vor falschen Predigern und vor Homosexualität. 40 ist das Durchschnittsalter der Gottesdienstbesucher, jede neu gebaute Kirche ist bald zu klein, um die Menschenmengen fassen zu können. Während das Abendmahl ausgeteilt wird, werden Psalmen verlesen.

Die Botschaft von Pastorin Lin Ninghua an diesem Adventssonntag hat wenig mit Trost, Hoffnung und Versöhnung, viel dagegen mit Geboten, Moral und Gewissen zu tun. Kommunismus, Kapitalismus, Konsum, Kälte, Konkurrenz: All das liegt in China heute sehr eng beieinander. Der gewaltige Modernisierungsschub hat allerdings keine Abkehr vom Religiösen erzeugt oder eine Zunahme des Säkularen, sondern im Gegenteil: die Suche nach Gemeinschaft, Halt und Spiritualität. Eine „innere Leere“ müsse ausgefüllt werden. Das ist immer wieder zu hören. Und im Unterschied etwa zum Buddhismus und Taoismus bietet das Christentum durch Gemeinde, Gottesdienst, gemeinsames Singen und Beten ein hohes Maß an Geborgenheit. Der „Kuschelfaktor“ ist hier am höchsten. Die Christen, die sonntags in den Gottesdienst gehen, sind gewiss keine Umstürzler, sondern in der Regel fleißige, hart arbeitende Menschen. Sie sind diszipliniert, organisiert und wertebewusst. Kann sich eine Regierung bessere Untertanen wünschen? Pro Tag sind es Tausende, die in China zum Christentum konvertieren.

Ausführlicher Artikel im Tagesspiegel...

(Foto oben: Gottesdienst in der Kathedrale von Peking)

---

## Volker Kauders Einsatz für bedrängte Christen



Der CDU/CSU-

Fraktionsvorsitzende Volker Kauder hat am Sonntag den koptischen Papst Tawadros II in Höxter anlässlich der Weihe einer Taufkapelle getroffen. Für Februar kündigte der Fraktionsvorsitzende eine Reise nach Ägypten an, um sich über die Lage der Christen vor Ort ein Bild zu machen.

Zur Situation der Kopten in Ägypten und der Christen weltweit erklärte Volker Kauder u.a.:

*„Wir dürfen deshalb nicht nachlassen, uns für Religionsfreiheit einzusetzen. Wir müssen unsere Stimme erheben, um den bedrängten Glaubensschwestern und – brüdern zu helfen. Beim Umgang mit der Frage bedrohter Christen ist es wichtig, die Dinge beim Namen zu nennen. Schon indem wir öffentlich auf ihre Situation aufmerksam machen, können wir Zeichen setzen.“*

Es mutet wie Spott an, wenn ausgerechnet ein Vertreter der Regierungsfraktion betont, dass es wichtig sei, die Dinge rund

um die verfolgten Christen beim Namen zu nennen. Wenn wir diese Dinge beim Namen nennen, werden wir von eben diesen Leuten in die braune Ecke und an den öffentlichen Pranger gestellt; wenn Michael Stürzenberger diese Dinge beim Namen nennt und vorausschauend warnt, was uns im Falle von noch mehr islamischer Unterwanderung droht, werden ihm seine Konten gekündigt. Was sagen Sie denn dazu, Herr Kauder?

» [volker.kauder@bundestag.de](mailto:volker.kauder@bundestag.de)

---



## Moslem-Kassierererin verweigert Kunden Alkohol



Marks & Spencer, eine der größten Kaufhausketten Großbritanniens, gilt als sozial und hat viel Verständnis für seine Mitarbeiter, speziell auch für die Schariatreuen. Das bekam vor kurzem ein Kunde zu spüren, der an einer der Kassen eine Flasche

Champagner bezahlen wollte. Die Kassierererin entschuldigte sich, sie könne ihm da leider nicht weiterhelfen, er müsse warten, bis eine Kollegin Zeit hätte. Das löste einen Sturm der Entrüstung aus.

*(Von L.S.Gabriel)*

The Telegraph berichtet:

*Muslimische Mitarbeiter haben bei Marks & Spencer die Erlaubnis, sich zu weigern, Kunden Alkohol- oder Schweinefleisch-Produkte zu verkaufen.*

*Ein M & S -Sprecher sagte: „Wir wissen, dass einige unserer Mitarbeiter aus religiösen Gründen eingeschränkt sind, was die Arbeit mit gewissen Lebensmitteln oder Getränken betrifft, oder dass sie zu bestimmten Zeiten nicht arbeiten.“*

*„M & S fördert eine Umgebung, frei von Diskriminierung und wo spezifische Anforderungen gestellt werden. Wir versuchen das zu berücksichtigen und dennoch ein hohes Maß an Kundenservice zu bieten.“*

Sainsbury sieht das anders. Die Kette weist darauf hin, dass alle Mitarbeiter – unabhängig von religiösen Überzeugungen – Fleisch und Alkohol anbieten und damit arbeiten müssen, es würden die gleichen Regeln für alle gelten.

Tescos Stellungnahme ist ähnlich: man behandle jeden Fall für sich, und man würde solche Mitarbeiter dann eben nicht an die Kasse setzen. Man sehe aber keinen Sinn darin, Personal zu beschäftigen, das aus religiösen Gründen die Arbeit teilweise verweigere.

Doch Morrisons, der in Vierteln mit großer muslimischer Bevölkerung angesiedelt ist, fühlt sich verpflichtet Rücksicht zu nehmen auf die religiösen und kulturellen Vorbehalte seiner Mitarbeiter, bestimmte Produkte betreffend.



Wer so agieren kann, muss sich das wohl leisten können, oder aber Großbritannien hat – was die Islamisierung betrifft – den „Point of no return“ längst überschritten.

---

## **STERN: Weihnachtsmärkte sind die Pest!**



Was das folgende,

widerwärtige Geschreibsel – angekündigt als „Eine Minderheiten-Meinung – die von Herzen kommt“ des STERN-Autors Kester Schlenz mit „Herz“ zu tun hat, dürfte das Geheimnis von ihm und der Redaktion sein, die diesen Artikel für wert hielt, in „STERN-online“ publiziert zu werden. Solche Artikel sind mehr als nur polemische Selbstkritik. Sie sind ein Symptom einer Zivilisation, die jeden Respekt vor ihren Wurzeln verloren hat und alles schlecht macht, was aus ihr heraus erzeugt wurde. Und sie lähmen den natürlichen Widerstand einer Gesellschaft gegen seine inneren und äußeren Feinde. Sie sind die Vorboten des endgültigen Zerfalls und Untergangs einer Zivilisation. Und werden von jenen, die genau dies anstreben, gefeiert. Von Medien wie dem STERN etwa. (Fortsetzung bei Michael Mannheimer! Foto oben: Weihnachtsmarkt in Dortmund)

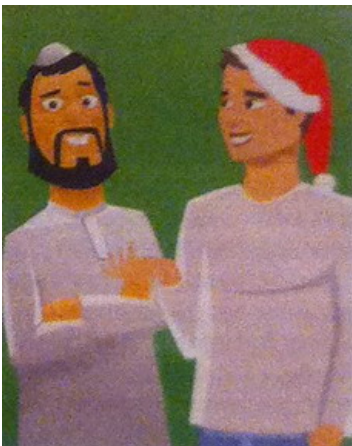
---

# Asylantenrezepte

☒ Ein Buch, auf das die Welt schon lange gewartet hat: Vier Berliner Studenten haben mit Asylanten deren Lieblingsrezepte in einem Buch zusammengetragen. Nebenbei gibt es herzerweichende Stories von der Flucht der Asylanten. Und natürlich darf Werbung für Pro Asyl nicht fehlen, denn von jedem verkauften Buch geht ein Teil des Erlöses an Pro Asyl. So haben die findigen Linksguten mal wieder ein Promotionprojekt aus dem Boden gestampft, um die verhärteten Herzen der bösen Deutschen für die Sache der Flüchtlinge zu erweichen: Nächstenliebe, die durch den Magen geht.

---

## Einem Moslem Frohe Weihnachten wünschen?



Das im Kölner Raum erscheinende TV-Magazin *Prisma* belehrt in seiner Ausgabe Nr. 51/2013 seine Leser zu dieser lebenswichtigen Frage wie folgt: *Normalerweise wird ein Muslim diesen Ausruf als freundliche Geste oder konventionelle*



*Formel wahrnehmen. Zumal er es sich in dieser Zeit ebenfalls gut gehen lässt: Ohne Weihnachtspredigt und Kerzenschein, aber mit den Annehmlichkeiten freier Tage.*

*(Von Verena B.)*

Und weiter:

*„Wer seinen muslimischen Glauben sehr ernst nimmt und mit hiesigem Brauchtum nicht vertraut ist, könnte sich jedoch durch die christliche Grußformel vereinnahmt fühlen“, gibt Lamyia Kaddor, Islamwissenschaftlerin aus Duisburg, zu bedenken. Schließlich käme es einem bibeltreuen Deutschen möglicherweise auch seltsam vor, würde ihm zur Zeit des Fastenbrechens der religiöse Gruß „Id Mubarak (Arabisch) oder „Bayraminiz mübarek olsun“ (Türkisch) entgegengeschmettert. Beides bedeutet so viel wie „Frohes Fest.“*

*Wer alles richtig machen will, wünscht „schöne Feiertage“ – das verstehen alle Religionen.*

Auch wir können nur noch brechen. Wer alles richtig machen will, wünscht einem rechtgläubigen Muslim am besten gar nichts – höchstens frohe Rückreise in sein Heimatland! Zu Silvester empfehlen wir ein Marzipanschwein als Geschenk, falls PRISMA uns nicht vorher belehrt: „Darf man das?“

Verena wünscht allen PI-Lesern frohe Weihnachten und ganz viel Schwein im neuen Jahr!

» [info@prisma-redaktion.de](mailto:info@prisma-redaktion.de)

---

# Zum 95. Geburtstag Helmut Schmidts ARD-Doku



Das Fernsehen sendet heute abend eine Doku zum 95. Geburtstag unseres Ex-Kanzlers Helmut Schmidt. Was den interviewenden ZEIT-Chef interessierte: *Für di Lorenzo ist Schmidt ein Meister der Pointen. Am meisten haben ihn „seine wenigen, aber klaren Sätze über das Töten im Krieg“ bewegt. Das Interview für den Film war das persönlichste, das er di Lorenzo je gegeben habe: „Noch nie hat er so freimütig über seine Herkunft gesprochen, über seine Verstrickung in den Krieg, und auch über die Frage, ob er selbst getötet hat. Er hat.“*

Wir können nur hoffen, daß die Antifa nicht ausrückt, in Hamburg dürften ja noch ein paar rote Partisanen vom Wochenende herumirren. PI gratuliert Helmut Schmidt jedenfalls, speziell auch für die Bekämpfung des kommunistischen RAF-Terrors!

---

# Räuber rasen in Apple Store am Ku'damm



Unbekannte sind am

frühen Montagmorgen in den Apple Store am Kurfürstendamm gerast. Es ist der dritte Einbruch dieser Art in wenigen Wochen. Offenbar sechs Männer sind in der Nacht zu Montag mit einem Auto in den Apple Store auf dem Kurfürstendamm in Berlin-Charlottenburg gefahren. Die Täter waren nach Polizeiangaben mit einem gestohlenen schwarzen Opel Corsa mit Berliner Kennzeichen unterwegs, die Glastüren im Eingang des Ladens splitterten und wurden durch den Aufprall eingedrückt. Die Männer sollen rund 20 Geräte mitgenommen haben, darunter wohl iPods und iPads. *(Wer die Täter wohl sind?)*

---



## Stuttgart (7): OB Kuhn will

# jetzt auch Opfer sein



Anlässlich der bundesweiten Berichterstattung um die Absage des „Festes der Werte“ am Stuttgarter Gottlieb-Daimler Gymnasium, nimmt der Zug der Empörung weiter an Fahrt auf. In den „Führer“-stand setzt sich jetzt der Stuttgarter OB Fritz Kuhn (Grüne). Aus Solidarität erinnert er sich, dass er im November selbst Opfer eines Shitstorms durch eine Meldung des Internetblog Politically Incorrect wurde, nachdem die Leser erfuhren, dass OB Kuhn Schweinefleisch an Schulen streichen wolle.

Shitstorm, so nennen linke Politiker jetzt neuerdings massenhaft auftretende politische Willensäußerungen, wenn sie nicht die eigene Meinung wiedergeben. Ehrlicher wäre es, Kuhn würde die erlebte interaktive „Bürgerbeteiligung“ das nennen was es ist: „Der Wille des Volkes“.

Daher jammerte auch das „Team Fritz Kuhn“, bei der Pflege des oberbürgermeisterlichen Facebook-Auftritts in letzter Zeit viel zu tun gehabt zu haben. Wie es heißt, prasselte es auch in Briefen und Telefonaten Ende November auf Kuhns Mitarbeiter ein. Als die Stadtverwaltung reagierte, stand sie längst unter massivem Druck. Als Grund wird ebenfalls PI genannt, auf dessen Seiten die Meldung über das geplante Schweinefleischverbot an Schulen aufgegriffen wurde. Auch im Fall des Multikulti-Wertefestes am Gottlieb-Daimler-Gymnasium werde PI als Urheber gehandelt, so die Stuttgarter Nachrichten.

✘ In der Überschrift zu einem ganzseitigen Artikel in den Stuttgarter Nachrichten (l.) vom 22.12. wird getitelt „Kreuzzug für das Schnitzel“ und in allen Regional-Ausgaben in und um Stuttgart steht auf Seite 1 der Zeitungen „Hetzkampagne gegen Schnitzelverbot“: „Islamkritiker gehen nicht nur gegen multireligiöse Feier an Schule vor – auch Speisepläne der Stadt sind ihnen ein Dorn im Auge.“ Und weiter: „Hinter der Kampagne steht eine rechtspopulistische Internetplattform, die gegen die vermeintliche Islamisierung Deutschlands zu Felde zieht. Die Polizei hat ein Ermittlungsverfahren eingeleitet.“

In einer offiziellen Erklärung stritt Kuhn im November ab, Schweinefleisch an städtischen Schulen verbieten zu wollen (PI berichtete). Verwaltungsbürgermeister Werner Wölfe, ebenfalls Mitglied der Grünen, gab jetzt zu, dass es in einem Diskussionspapier Umsetzungsvorschläge gab. Darin heißt es, dass man auf Besonderheiten reagieren solle, wie den Wunsch: „kein Schweinefleisch“. Wölfe fügte beschwichtigend hinzu, dass dort ja nicht stehe, dass es gar kein Schweinefleisch mehr geben solle und beschlossen sei der Projektbericht noch nicht.

Wäre Wölfe ehrlich gewesen, dann hätte er zugeben müssen, dass durch die Berichterstattung auf PI und die dadurch hergestellte Öffentlichkeit, der „Projektbericht“ wohl bisher deshalb noch nicht (am Volk vorbei) in die Tat umgesetzt werden konnte, weil er sonst weiteren Widerstand provoziert hätte.

Zum Thema „Schweinefleischverbot“ meldete sich auch der Jugendamtsleiter Heinrich Korn zu Wort. Ein hoher Anteil Migrationshintergrund sei „bei den Kindern eine Realität- und dagegen haben wir nichts, wir wollen das“. Man stelle sich auf die Realitäten ein. Deshalb gebe es zu Linsen und Spätzle Putensaiten, „...für die Kleinen spielt Schweineschnitzel keine Rolle.“

Interessant, wie Korn anscheinend so detailliert über die



Essgewohnheiten der Kinder Bescheid weiß! Es wird in Stuttgart eben nicht nur bestimmt, was man sagen darf, sondern die grünen und roten (Um-) Erzieher wissen auch, was den Kindern zu schmecken hat.

In der zweiten Hälfte des Artikels ist nur noch „PI-News“ Thema. Es werden, wie in solchen Fällen üblich, einzelne Leser-Kommentare zitiert. Das baden-württembergische Amt für Verfassungsschutz rechne PI zur rechten Szene, heißt es. Eine systematische Beobachtung gebe es aber nicht. Es werde teils reißerisch über Themen wie Ausländerkriminalität, Salafismus und die „vermeintliche“ Islamisierung von Deutschland geschrieben. Ein deutlich islamkritischer Gesamttenor sei unverkennbar. Einzelne Äußerungen ließen einen fremden-beziehungsweise islamfeindlichen Hintergrund erkennen, so der Sprecher des Landesamtes.

Auch soll es real existierende PI-Ortsgruppen geben, die sich einmal im Monat zur Diskussion über aktuelle Themen der Islamisierung treffen. In Baden-Württemberg soll es acht Ortsgruppen geben, über deren Existenz herrsche allerdings Unklarheit.

Im Schnitzel-Fall haben Staatsschützer der Stuttgarter Polizei ein Ermittlungsverfahren eingeleitet. Tatvorwurf: Beleidigung. „Allerdings ist es schwer an die Hintermänner heranzukommen“, sagt Polizeisprecher Jens Lauer. Die zentralen Rechner stehen in den USA – und das ist ein Problem, so Lauer: „Weil es nur um den Tatvorwurf Beleidigung geht“, sagt er, „ist ein Auskunftsersuchen wenig aussichtsreich.“

Wo im Bericht der Vorwurf der Beleidigung gerechtfertigt sein soll, muss uns erst noch erklärt werden. Bis dahin geben wir zu bedenken: Wer berichtet sonst noch in aller Deutlichkeit und ausführlich über Gewalt gegen Polizeibeamte wie aktuell in Hamburg, als Polizisten teils schwer verletzt und anschließend stationär behandelt werden mussten. Nicht zu vergessen die in diesem Zusammenhang stattgefundene Gewaltorgie, die zu

Sachschäden wie zerstörten Polizeifahrzeugen und einem Angriff auf eine Polizei-Wache geführt hat. Wie ist es da zu erklären, dass die Empörung über Protestmails in der Berichterstattung anscheinend schwerer wiegt, als über verletzte Polizeibeamte zu informieren.

Wenn in den Medien von Auseinandersetzungen zwischen Polizei und linken Demonstranten berichtet wird, dann schreibt PI, von wem wirklich die Gewalt ausging, nennt Täter Täter und bezeichnet sie nicht wahrheitswidrig nur als Demonstranten oder Aktivisten. Solange vertuscht und gelogen wird, gibt PI all jenen eine deutlich vernehmbare Stimme im Kampf gegen das Meinungsdictat von Politik und Medien.

Und gerade deshalb werden wir auch weiterhin unsere Leser dazu ermutigen, den Mächtigen in unserem Land nicht nur auf die Finger zu schauen, sondern ihnen auch hin und wieder auf die selbigen „zu klopfen“. In diesem Sinne darf sich das „Team Fritz Kuhn“ auch über die Feiertage und darüber hinaus über eine Menge Anfragen besorgter Bürger freuen. Wir wollen unter anderem von ihm wissen, warum ein Bürgerprotest von ihm mit einer Anzeige beantwortet wird und warum Demokratie beim Mao-Fan Kuhn anscheinend nur dann gelebt werden darf, wenn sein Gegenüber so denkt wie er! Ist das ihr Verständnis von Meinungsfreiheit und Demokratie, Herr Kuhn?

#### Kontakt:

Oberbürgermeister

Fritz Kuhn

Marktplatz 1

70173 Stuttgart

Tel.: 0711/216-60349

Fax: 0711/216-9560349

fritz.kuhn@stuttgart.de

Facebook-Seite von Fritz Kuhn

*(Hinweis an unsere Leser: Wir bitten Sie bei Schreiben an die*

*Kontaktadresse trotz aller Kontroversen in der Sache um eine höfliche und sachlich faire Ausdrucksweise)*

PI-Beiträge zum Thema:

- » Teil 1: „Multikultifeier“ statt Adventsgottesdienst
  - » Teil 2: PI wirkt – Stuttgarter Gymnasium sagt Multikultifeier ab
  - » Teil 3: Politiker warnen vor “rechtsextremen Umtrieben”
  - » Teil 4: Schulleiterin fühlt sich verfolgt (Video)
  - » Teil 5: Multikultifeier mit Koranlesung
  - » Teil 6: Bankrotterklärung eines Priesters
- 

## Hamburger Krawalle und rote Verbrecher



Die jüngsten Hamburger Krawalle der links-autonomen Verbrecherflora sind empörend, aber auch aufschlußreich in vielerlei Hinsicht. Tausende roter Gewalttäter, wie immer gedeckt vom linken Bösmenschen-Biotop, das auch die Randalie angemeldet hatte, starteten vom ersten Moment an Angriffe gegen die Polizei, verletzten über 120 Polizisten, davon 20 schwer (Foto), und die rotversifftete Jounaille schwafelte etwas von Lampedusa und

Gentrifizierung, wogegen sich die allerliebsten Schlägertypen wehren würden.



Schon am Freitag waren die ersten linksextremen Kriminellen angereist, griffen gleich die Davidswache an und sorgten für die ersten Sachschäden (Foto). Wer gibt diesem roten Gesockse das Recht, die Polizei anzugreifen? Alleine der Polizeieinsatz kostete eine Million Euro, die Sachschäden insgesamt gehen in die Millionen, und was schreibt Kersten Augustin, eine linksgebürstete ZEIT-Tussi, dazu? Das rot sozialisierte Mädchenhirn untersucht, wer angefangen hat, und verteilt die Schuld gleichmäßig. Die Presse weiß nicht mehr, daß das Recht bei einer Randalie in einem Rechtsstaat immer bei der Polizei und Exekutive liegt. Es gibt hier keine gleichwertigen Parteien mit gleichen Rechten. Die Polizei kann die Pöbler jederzeit verhaften und die Demo abblasen – nur tut sie das leider bei den Roten viel zu wenig!



Nach Meinung dieser

Augustin muß sich die Polizei also erst mal mit dicken Pflastersteinen das Hirn einwerfen lassen (Foto), bevor sie eingreifen darf, und Augustin ist nicht allein. In der gleichfalls linksversifften Süddeutschen beklagt sich eine andere Sympathisantin der roten Banditen namens Charlotte Parnack, in Hamburg sei das Gesetz so kalt – Lampedusa und so, wir wissen schon:

*Vielleicht gerade, weil alles so genau nach Recht und Gesetz zugeht. Das – und nicht die offensichtliche Tatsache, dass es sich nicht gehört, Polizisten zu verhauen – ist die Erkenntnis, die nach einem Wochenende wie diesem bleibt.*



Die Polizisten müssen sich also mit herausgerissenen Verkehrsschildern (Foto) den Schädel einschlagen „verhauen“ lassen, damit es wärmer und herzlicher dort wird und die richtige Willkommenskultur für Asylbetrüger um sich greifen kann.

Und so sieht man wieder einmal die ganze rote Palette: Wohlstandsverwahrloste junge, linke Gewaltverbrecher, welche von roten Eltern und Lehrern ungezogen glauben, sie stünden über dem Recht, weil Linke immer das höhere Recht haben und sich über alles hinwegsetzen dürfen, die verdummten Einwohner, die abartig versumpfte Journaille, welche die linksextreme Gewalttaten verschweigt, klein redet oder sie sogar noch befürwortet, die rotgebürsteten Versager und Feiglinge in der



höheren Polizeiführung und Justiz – wer glaubt denn, einer von den Randalierern komme vor Gericht – und ganz oben die kommunistische Politik von der Mauermörderpartei bis zur Kanzlerin.

Der Hamburger Justizsenator (SPD) war während der Krawalle bei einem Fußballspiel des HSV, und Bürgermeister Scholz (SPD) weilt zu Weihnachten im sonnigen Süden. Nicht daß es etwas geändert hätte, wenn diese roten Socken da gewesen wären!

PS: Nicht nur ZEIT, SPIEGEL, Süddeutsche & Co sind linksversifft, auch Blätter wie die FAZ. Die Wortwahl in diesem Artikel zeigt genau, wie erfolgreich die linke Gehirnwäsche ist. Die roten Krawallbrüder, Randalierer, Gewalttäter und Verbrecher nennt die FAZ nie so, sie schreibt nur verharmlosend von gewaltbereiten Autonomen, Demonstranten und Aktivisten! Da fängt die Lüge schon an! Bei der Sprache! Nur Leser-Kommentare enthalten noch Klartext!



**Video: FREIHEIT klagt gegen 3%-Hürde**



Nachdem das Bundesverfassungsgericht im November 2011 die 5%-Hürde für Parteien bei der Europawahl wegen Verstoßes gegen die Wahlrechtsgleichheit und die Chancengleichheit der politischen Parteien gekippt hatte, erließen der deutsche Bundestag und Bundesrat im vergangenen Sommer rasch ein neues Gesetz, das eine 3%-Hürde vorsieht. Es wurde mit großer Mehrheit verabschiedet und ist seit Oktober in Kraft. Völlig klar: Die etablierten Parteien wollen keine EU-Kritiker im europäischen Parlament haben. Dagegen klagen 19 Parteien wie DIE FREIHEIT, Republikaner, ÖDP, Piraten, Freie Wähler, NPD und Organisationen wie der Verein „Mehr Demokratie“. Am vergangenen Mittwoch war Verhandlung vor dem Zweiten Senat des Bundesverfassungsgerichtes in Karlsruhe.

*(Von Michael Stürzenberger)*

Hier erste Statements der Kanzlei PWB Rechtsanwälte in Jena, die die Partei DIE FREIHEIT in der Klage vertritt:

Es scheint im Bereich des Möglichen, dass die 3%-Hürde fällt. Das Urteil wird im Frühjahr noch vor der Europawahl verkündet.